

Redebeitrag

Haushaltsdebatten, 13.12.2018

Dokument 257 Nr. 1-7 –Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf so
wie über die Palliativpflege

- Michael Balter -

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,

das heute zur Verabschiedung vorliegende Dekret stellt in einigen Punkten eine Verbesserung der bestehenden Situation dar, besonders was die Finanzierung der Alten und Pflegeheime angeht. Hier muss man jedoch erwähnen, dass das alte System äußerst komplex und reformbedürftig war. Da seit der letzten Staatsreform der Ball bei der DG liegt, lag es nahe, dies zu verbessern. Alles andere wäre auch fahrlässig gewesen.

Die Kollegen sprachen es schon an: Aufgrund der Zuständigkeitsübertragung - nicht zu verwechseln mit Kompetenzübernahme, denn ob wir kompetent sind, wird sich zeigen - entstand die Notwendigkeit dieses Dekretentwurfes und man sieht vor, ein kohärentes Regelwerk in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu schaffen. Es waren, wie so oft, interessante und aufschlussreiche Diskussionen im Ausschuss IV. Insgesamt 23 Abänderungsvorschläge sind eingereicht worden, davon 20 von den Oppositionsparteien und drei von allen Fraktionen gemeinsam. Eine vernünftige und zielorientierte Zusammenarbeit zwischen Opposition und Mehrheit ist also auch möglich. Ich würde mir im Ausschuss I eine ähnliche konstruktive Zusammenarbeit auch wünschen, ohne die bekannten politischen Spielchen Mehrheit gegen Opposition.

Die Vivant Fraktion hatte zwei Abänderungsvorschläge eingereicht, wobei einer von der Idee her eins zu eins mit einem Vorschlag der CSP Fraktion übereinstimmte und auch seitens der Mehrheitskollegen angenommen wurde. Es ging in beiden um eine Verbesserung der Kontrollfunktion des Parlamentes.

Einer dieser Vorschläge bezog sich auf Artikel 74. Dieser wurde so abgeändert, dass der jährliche Bericht des Beirates obligatorisch der Regierung und dem Parlament zeitgleich ausgehändigt wird. Der andere bezog sich auf Artikel 84, genauer auf das Kapitel: KONTROLL- UND STRAFBESTIMMUNGEN. Auch hier war unser Vorschlag, dass auch diese Berichte nicht nur der Regierung, sondern auch dem Parlament jährlich ausgehändigt werden sollten.

Die Kollegen der Mehrheit sahen dies anders. Nun beschwert sich der Minister, bzw. seine Mitarbeiter, wie sagte er im Ausschuss anmerkte, schon mal über all die schriftlichen Fragen,

Fraktion im PDG V.o.G.

welche wir einreichen, aber dies entsteht unter anderem dadurch, dass eben wir Parlamentarier über nicht alle Informationen verfügen und somit eben nachfragen müssen, wenn wir unsere Aufgabe als Kontrolleure der Regierung seriös wahrnehmen.

Übrigens, hier eine kleine Klammer: Einige unserer eingereichten schriftlichen Fragen erreichen die Regierung gar nicht, da diese im Vorfeld oft mit fadenscheinigen Argumenten vom Parlamentspräsidenten als unzulässig deklariert werden und hier ist anzumerken, dass dies unter Herr Miesen als Präsident weitaus öfters geschieht, als bei seinen Vorgängern. Die Regierung hat also auch an der Spitze des Parlamentes einen guten Mitarbeiter, soviel zum Thema, Gewaltenteilung!

Das Dekret ist in verschiedenen Fällen nicht ausgereift und lässt der Regierung in Zukunft sehr viel Spielraum. Das bedeutet, dass einiges noch über Erlasse geregelt werden muss und dies habe ich auch im Ausschuss moniert. Ich empfinde es als zu „regierungslastig“, da man einiges dekretal hätte regeln können, um von vorne herein Richtlinien festzuhalten welche hier im Parlament gemeinsam diskutiert werden könnten. Ein altes Lied. Aber immer noch und in vielen Bereichen ein aktuelles Problem in unseren Augen.

So kann die Regierung, was z.B. die Angebote in der häuslichen Unterstützung angeht, in allen entsprechenden Artikeln weitere Leistungen festlegen. In diesem Unterabschnitt werden der Regierung in jedem Kapitel weitreichende Möglichkeiten eingeräumt, welche später geregelt werden müssen.

OK, werden sie sagen die Regierung braucht auch einen gewissen Freiraum, nur zieht sich diese Art und Weise durch das ganze Dekret. Als Parlamentarier finde ich dies nicht gut und hab dies auch im Ausschuss angesprochen.

Man spürt, dass die Regierung in Zugzwang war und somit in vielen Bereichen nur ein Gerüst geschaffen hat und vieles noch angepasst und im einzeln geregelt werden muss. Im Grunde verständlich, wenn man der Regierung vertraut, nur wir tun dies bekanntlich nicht und hätten uns hier mehr Mitspracherecht vom Parlament gewünscht bzw. alles nicht so offen gelassen und der Regierung in vielen Bereichen nicht diesen Blankoscheck gegeben.

In mehr als die Hälfte der Artikel kann oder muss die Regierung entweder noch Leistungen festlegen, Bestimmungen einführen oder Ausnahmen regeln. In anderen Dekreten ist dies natürlich ähnlich. Nur hier merkt man es sehr stark.

Alleine in 20 Artikeln steht, dass die Regierung noch Punkte bestimmen wird. In 23 Artikeln kann die Regierung noch weitere Leistungen festlegen.

Fraktion im PDG V.o.G.

Ja, ein Dekret sollte nicht in Stein gemeißelt sein und auf Entwicklungen muss man eingehen können, nur hätten wir gerne mehr Mitspracherecht für das Parlament gesehen.

Meine Damen und Herren, kommen wir zu etwas Grundsätzlichem in der Seniorenpolitik. Es gibt zwei wesentliche Elemente, welche man hierzu besprechen sollte. Einmal die Pflege der Angehörigen zu Hause und einmal die Pflege in den Heimen.

Was die Pflege in den Heimen angeht, so gibt es z. B. in puncto Finanzierung Verbesserungen und Planungssicherheit durch dieses Dekret. Der Sektor hat dies auch bei den entsprechenden Anhörungen im Ausschuss bestätigt, wobei, wie eben erwähnt, die Regierung nun in der Verantwortung ist, vieles noch entsprechend zu regeln und anzupassen. Hier sind natürlich die Heime selbst gefordert, den Bewohnern ein würdiges Leben zu gewährleisten.

Die Aufwertung der Gehälter im Pflegedienst ist ein längst überfälliger Schritt. Und mit Verlaub Herr Paasch, ich denke, jeder hier im Hause ist der Meinung, dass die Arbeit im Pflegebereich äußerst anstrengend und wertvoll ist und dass dieses Personal endlich mal korrekt bezahlt werden muss. Bei Ihren Gehältern und den ganzen Pöstchen im Ministerium sparen Sie doch auch nicht! Noch ist die Situation nicht so gravierend, wie in Nachbarländern, wo aufgrund von Personalmangel die Pflege oft unzureichend ist. Der Beruf sollte nicht nur aufgewertet, sondern es sollten auch mehr Stellen geschaffen werden.

Hierzu eine Anmerkung: Es gibt Menschen, welche gerne und gut mit Demenzkranken umgehen können und Erfahrungen in diesem Bereich, aber die oft aufgrund fehlender Diplome nicht eingestellt werden können. Hier sollte man den Heimen entsprechenden Freiraum bei der Einstellung einräumen. Nicht die Diplome zählen, sondern gerade in diesem Bereich sollten die Empathie und der menschliche gefühlsbetonte Umgang im Vordergrund stehen. Wir erhalten hierzu des Öfteren Meldungen aus der Bevölkerung, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Ein weiteres wesentliches Element ist die Pflege zu Hause und hier bietet das Dekret keine konkreten Antworten auf die Anforderungen der Gesellschaft.

Die Tagespflege ist sicherlich in der DG in manchen Bereichen in Ordnung, nur viele Angehörige haben das Problem, dass ihre Eltern oder Großeltern auf eine 24-Stunden-Pflege angewiesen sind und nicht ins Heim möchten.

Im Ausschuss habe ich dies angesprochen und der Minister meinte, hier müssten sich dann entsprechende Anbieter bei der DG melden.

Fraktion im PDG V.o.G.

Meine Damen und Herren, ich hatte zur Debatte der Regierungserklärung diese Problematik anhand eines Beispiels verdeutlicht, nur ist leider keiner der Minister im September darauf eingegangen deshalb möchte ich dies nochmals aufgreifen und aus meiner damaligen Rede Textauszüge hervorbringen.

Es ging um ein Gespräch welches ich mit einer Bekannten geführt habe. Die Dame war sehr deprimiert. Ihre Schwiegermutter hat Demenz und hat einen Platz in einem Seniorenheim in der DG und sie betonte, dass man sich gut um die ältere Dame kümmern würde. Sorgen mache ihr aber ihr alleinstehender Vater, welcher seit einigen Monaten nicht mehr alleine zu Recht komme und auf permanente Betreuung angewiesen sei.

Die Angebote der Dienststelle fand sie für einfachere Fälle, welche mit der Tagespflege zu-rechtkommen würden, zwar ausreichend, aber im Falle ihres Vaters gehe dies nicht. Auch merkte sie an, dass sie das Gefühl habe, dass gerade im Süden der Eifel das Angebot unzu-reichend sei und als es in die Urlaubszeit Ende Juni ging, da hat sie mehrere Absagen seitens der Familienhilfe erhalten. Sie sagte: „Es hört sich zwar schön an, wenn die Regierung sagt man, hätte die Mittel für die häusliche Hilfe erhöht und würde neue Heimplätze finanzieren, aber in der Realität und für akute Fälle stehen Angehörige oft vor enormen Problemen.“

Im Falle ihres Vaters sah sie sich gezwungen, auf osteuropäische Hilfskräfte zurück zugreifen, was teilweise mit hohen Kosten verbunden ist Zwischen 1700 und 2600 Euro kostet diese den Angehörigen pro Monat, weitaus mehr, als die Beiträge, welche in einem Alten.- und Pflege-heim fällig sind, aber ihr Vater möchte nicht in ein Heim und er braucht permanent jemanden bei sich, auch nachts. Als Arbeiter erhält er nach 45 Jahren Erwerbstätigkeit nur eine Rente von knapp 1300 €. Das Ersparte ist dann schnell weg.

Die Dame hat Angst, dass sie dies in Kürze mitfinanzieren müsste und fragt sich, wie das gehen soll? Die Politiker wissen doch gar nicht, wie das Leben eines einfachen Arbeiters aussieht. Sie sagte: „Mein Vater hat sein Leben lang gearbeitet erhält nur eine kleine Rente und womöglich müssen wir in einigen Jahren sein Haus verkaufen, um die Pflege zu zahlen. Das kann doch nicht sein.“

Meine Damen und Herren, sicherlich kein Einzelfall in der DG. So gibt es nach Aussagen eines Insiders mehr als hundert, vielleicht sogar einige hundert, osteuropäische Pflegekräfte, welche in der DG tätig sind. Sicherlich macht die DG in diesem Bereich einiges, aber in Zukunft wird der Bedarf enorm ansteigen und bereits heute gibt es Engpässe und die Menschen müs-sen sich selbst helfen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen hier neue Konzepte und eine verstärkte Unterstüt-zung der Angehörigen, welche ihre Eltern oder Großeltern zu Hause pflegen, mehr, als die

Fraktion im PDG V.o.G.

verschiedenen Zeitkredit oder die diversen Urlaubsformen, welche in Belgien bestehen. Ein Thema welches wir im vergangenen Jahr vertiefen sollten!

Ein würdiges Leben im Alter, eine schöne Rente, Gesundheit und soziale Kontakte, das wünschen wir uns doch alle, nur sieht die Realität leider etwas anders aus.

In Belgien wird jeder dritte Selbstmord von einem Senior ausgeübt. In der DG war die allgemeine Selbstmordrate bis zum Jahre 2012 geringer als im Inland, jedoch der Anteil der Senioren höher. 41 Prozent der Selbstmorde wurden im Zeitraum von 2007 bis 2012 in unserem Gebiet von Personen über 60 Jahren ausgeübt. Dies geht aus einer Antwort auf unsere schriftliche Frage Nr. 314 hervor. Dies ist erschreckend. Gründe gibt es hierfür viele.

Der Psychologe Georg Fiedler vom Therapiezentrum für Suizidgefährdete am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf sagt in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung hierzu folgendes:

„Trotz beunruhigender Zahlen fehlt dem Thema noch immer die nötige Aufmerksamkeit. Suizide von Jüngeren tangieren die Menschen in der Regel stärker. Bei Älteren fehlt häufig das Interesse. Viele denken: Die haben ihr Leben doch gelebt“, sagt der Psychologe. Wenn alte Menschen sich selbst töten, berühre das Themen wie körperlichen oder geistigen Verfall, schwere Krankheiten und Einsamkeit im Alter - allesamt Dinge, die von der Gesellschaft gerne verdrängt werden.“

Der Hamburger Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Reinhard Lindner, meint hierzu, dass es etwas mit unserer Kultur zu tun hat. In Leistungsgesellschaften wie unserer würde man mit Ausscheiden aus dem Arbeitsleben entwertet. In bestimmten arabischen oder asiatischen Kulturen dagegen würden alte Menschen wertgeschätzt, weil sie weise und lebenserfahren sind.

Meine Damen und Herren, ein sehr sensibles Thema, welches man vielleicht im Ausschuss vertiefen sollte. Da wie eben erwähnt das Dekret nicht ausgereift und zu regierungsglastig ist, werden wir uns enthalten.